
Manifest des Mittelmeertreffens in Tunis

Wir, Vertreterinnen und Vertreter fortschrittlicher politischer Parteien aus dem Mittelmeerraum, folgten dem Aufruf der Volksfront (Tunesien) und kamen am 23. und 24. März 2013 in Tunis zusammen. Wir haben folgende Erklärung angenommen:

1. Seit über einem Vierteljahrhundert breitet die neoliberale kapitalistische Globalisierung ihre Herrschaft über den gesamten Planeten aus. Die Prozesse, die sie in Gang gesetzt hat, haben überall auf der Welt die Verwandlung der Dinge in Waren beschleunigt, und damit eine Minderheit begünstigt, die Bürger ihrer Rechte und die Nationen ihrer Souveränität beraubt. Sie verschärfen die wirtschaftliche Unsicherheit und die soziale Ungleichheit im Norden und im Süden und vergrößern die Kluft zwischen den reichen und den sogenannten armen Ländern.

Die Bevölkerungen im Süden werden unter das Joch eines besonders zerstörerischen Regimes von Strukturanpassungen und Freihandel gezwungen, das sie an einer fairen Entwicklung hindert, ihre Umwelt zerstört und ihnen ihre Souveränität nimmt. Sie werden dadurch noch mehr geschwächt und ihre Abhängigkeit von den dominanten Ökonomien des Nordens verstärkt.

Über das Schicksal der Menschheit entscheiden heute eine Handvoll multinationaler Konzerne und die internationalen Finanzinstitutionen, über die die Bevölkerungen keine Kontrolle haben.

Seit 2008 werden, mitten in einer Weltwirtschaftskrise, Strukturanpassungsmaßnahmen auch auf die Länder am Nordrand des Mittelmeers, die verächtlich so genannten PIGS-Staaten ausgeweitet. Tunesien wird diese Politik von IWF und Weltbank seit 1986 aufgezwungen. 1995 wurde sie verschärft durch das Assoziationsabkommen, das die EU und ihre Mitgliedstaaten mit Tunesien geschlossen haben. Die Diktatur von Ben Ali hat sichergestellt, dass die darin enthaltenen Maßnahmen durchgesetzt wurden.

Derzeit versuchen mehrere Akteure der neoliberalen kapitalistischen Globalisierung, diese Politik fortzusetzen, sie versuchen, die revolutionäre Krise auszunutzen, um ihre Ziele zu stärken und auszuweiten. Sie versuchen, Entwicklungspfade, die die Erwartungen und den Wunsch der Massen nach einem radikalen Wandel aufgreifen, zu blockieren – vor allem die Hoffnungen der Jugend, die diese im revolutionären Aufstand im Dezember-Januar 2010/2011 zum Ausdruck gebracht hat.

2. Die Beseitigung des Diktators hat die neoliberale kapitalistische Ordnung auf lokaler Ebene entwapfnet, aber sie hat sie nicht beseitigt; dabei wurden einige Fortschritte erzielt. Doch das Gesellschaftssystem, ein historisches Produkt der imperialistischen Herrschaft und, in jüngerer Zeit, der Restrukturierung der neoliberalen kapitalistischen Welt, besteht immer noch. Doch das Feuer der revolutionären Krise, die den Aufstand ausgelöst hat, glimmt noch. Es ist immer noch möglich, dass in Tunesien, wie in anderen Ländern der Region, eine demokratische, soziale und nationale Revolution obsiegt.

3. Die tunesische Revolution war der Beginn der arabischen Revolution. Bis auf den heutigen Tag wurden vier Diktatoren gestürzt, die im Durchschnitt jeweils mehr als 30 Jahre lang geherrscht haben. Dieser politische Wandel ist zweifellos das mit Abstand wichtigste Ereignis in der arabischen Welt und im Maghreb seit Jahrzehnten. Es ist ein Wendepunkt in der Geschichte dieser Region. Es ist ein «historischer Augenblick» im wahrsten Sinne des Wortes. Zum erstenmal in ihrer Geschichte sind die Bevölkerungen der arabischen Region, die in ihrem Kampf nicht nachgelassen hatten, gegen ihre direkten Unterdrücker aufgestanden und haben die politische Bühne betreten, um ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

4. Ihre Schulden – schändliche und illegitime Schulden – benutzte die Diktatur als Instrument für politische Unterdrückung und als Mechanismus für den Transfer von Einkommen von der Arbeit zum lokalen, aber mehr noch zum transnationalen Kapital. Derzeit nutzt die Konterrevolution die Schulden, um die neokoloniale Wirtschaft und die imperialistische Herrschaft über Tunesien aufrechtzuerhalten. In Ägypten, Marokko, Griechenland, Zypern, dem Spanischen Staat und in vielen anderen Ländern rund um das Mittelmeer dienen die Schulden der Befriedigung der Interessen einer Minderheit gegen die der großen Mehrheit. Das passiert überall, die Schulden sind der Vorwand für die Durchsetzung einer rigorosen Sparpolitik seitens der internationalen Finanzinstitutionen und der kapitalistischen Staaten, die damit Menschenrechte verletzen.

5. Überall, im Norden und im Süden, ist dieselbe Logik des Profits, der Beherrschung und Zerstörung der Erde am Werk und wird den Völkern und der Natur aufoktroziert. Die tunesische Revolution, die arabische Revolution, die heroischen Kämpfe aller Völker der Welt gegen die neoliberale kapitalistische Ordnung – wie in Griechenland, Portugal, Katalonien, im Baskenland oder im Spanischen Staat – sind der politische Gründungsakt einer neuen Weltordnung, eine Ordnung, die auf Solidarität basiert, demokratisch, feministisch und friedlich ist, die den Völkern ihre Souveränität und ihr Recht auf Selbstbestimmung garantiert und die Umwelt schützt: Für diese Ziele kämpfen alle unterzeichneten politischen Parteien und Organisationen.

6. Die multinationalen Konzerne und globalen Finanzinstitutionen stehen in Opposition zu diesem Wunsch von unten nach einem radikalen Wandel. Sie bilden eine gemeinsame Front, um zum Gegenangriff überzugehen und noch unsozialere und undemokratische Maßnahmen durchzusetzen und den Impuls der Bevölkerung, ihr Joch abzuschütteln, zu brechen. Sie wollen weiterhin die Kosten der globalen kapitalistischen Systemkrise auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerungen und auf die Umwelt abwälzen.

7. Wir, die Vertreterinnen und Vertreter fortschrittlicher politischer Parteien und Organisationen aus dem Mittelmeerraum, sind davon überzeugt, dass wir unsere Anstrengungen und unsere Aktionen regional wie international koordinieren müssen, um die Kämpfe der Bevölkerungen, der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen für Freiheit, Würde und soziale Gerechtigkeit zu unterstützen und einen Beitrag dazu zu leisten – re-

gional und weltweit. Wir unterstützen den revolutionären Kampf der Bevölkerung in Syrien für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und nationale Würde. Wir verurteilen jede ausländische Intervention, die diese Ziele konterkariert.

Um in diesem Sinne aktiv zu werden fordern wir, fortschrittliche politische Parteien und Organisationen des Mittelmeerraums, die an dem Treffen gegen Verschuldung, Sparpolitik und imperialistische Herrschaft in Tunis teilgenommen haben, eine freie, demokratische, soziale, auf Solidarität und Rücksicht auf die Umwelt gestützte Mittelmeerregion. Wir verpflichten uns:

- die Mobilisierung und die Kämpfe der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen für ein Bürgeraudit zu unterstützen;
- in den Institutionen, in denen wir arbeiten, Beschlüsse für die Nichtzahlung der illegitimen Schulden und die Streichung der Auslandsschulden zu erwirken;
- in unser politisches Programm das NEIN zur Zahlung der illegitimen Schulden und das Engagement für ein Bürgeraudit sowie die Unterstützung der Kämpfe für die Souveränität und die Selbstbestimmung der Bevölkerungen zu verankern;
- ein Netzwerk der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Ländern zu errichten, um denen beizustehen, die beschlossen haben, die illegitime Schuld nicht zu zahlen;
- ein ständiges Netzwerk der Kommunikation zu errichten, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen;
- eine konkrete Kooperation zu entwickeln, um die Instrumente für den Kampf und die Mobilisierung zu entwickeln, die für die Durchsetzung unserer Ziele nötig sind;
- ein Folgetreffen im Spanischen Staat zu organisieren.

Die fortschrittlichen politischen Parteien und Organisationen in der Mittelmeerregion und in anderen Teilen der Welt, die am Tunesischen Mittelmeertreffen teilgenommen haben, haben das Weltsozialforum, das vom 26. bis 30. März in Tunis stattfand, begrüßt, da es erlaubt hat, Fortschritte in der Verwirklichung der Ziele der Charta von Porto Alegre zu machen.

Wir verurteilen aufs Schärfste den Mord an Chokri Belaid, dem Generalsekretär der Vereinten Demokratischen Patriotischen Partei und Führungsmitglied der Volksfront, als ein politisches Verbrechen. Wir fordern vollständige Aufklärung, vor allem über all jene, die in dieses Verbrechen verwickelt waren.

27. April 2013

Erstunterzeichnete (in alphabetischer Reihenfolge):

Algerien: Sozialistische Arbeiterpartei; Algerische Baathbewegung

Ägypten: Sozialistische Volksunion

Spanischer Staat: SORTU - Euskal Herria (Baskenland); IA (Antikapitalistische Linke); CUP - Komitees der Unidad Popular (Katalonien); IU (Vereinigte Linke)

Frankreich: KPF/Linksfront; Gauche anticapitaliste; NPA (Neue Antikapitalistische Partei); Les Alternatifs

Griechenland: Syriza

Italien: Sinistra Critica (Kritische Linke)

Libanon: Kommunistische Partei Libanon; Sozialistisches Forum

Marocco: La Voix Démocratique (Demokratische Stimme); El Mounadhil

Portugal: Bloco da Esquerda (Linksblock)

Syrien: Syrische Linke Revolutionäre Bewegung

Tunesien: Volksfront

Mit der Unterstützung der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament.